

LEITARTIKEL: „Klare Kante zeigen“



Von
Josef Mederer,
Präsident des
Bayerischen
Bezirkstags.

„Journalisten sind der Sekundenzüger der Weltgeschichte.“ Dies sagte einst der berühmte Schauspieler und Schriftsteller Sir Peter Ustinov. Im Zeitalter einer allumfassenden Digitalisierung, der Datenautobahnen und der blitzschnellen Übermittlung von Wissen im Internet muss sich auch die Pressearbeit eines kommunalen Spitzenverbandes anpassen, um sich am Markt der täglichen Meldungsflut in den Redaktionen, Rundfunk- und Fernsehanstalten behaupten zu können. Deshalb haben unsere zwei Mal im Monat in der Bayerischen Staatszeitung erscheinenden Bezirks-Seiten eine farbige und in ihren Inhalten vielseitigere Anmutung bekommen. Es wird mehr als zuvor Wert auf lebendige Reportagen, fundierte Hintergrundberichte, aussagekräftigere Bilder und aktuelle Meldungen gelegt.

Doch damit nicht genug: Was auf diesen Seiten steht, muss auch dazu dienen, unsere Positionen zu allen wichtigen Fragen vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik klar zu benennen. In den neu geschaffenen Sparten „Leitartikel“ und „Kommentar“, in denen die Bezirkstagspräsidenten zu interessanten Themen pointiert Stellung beziehen, geht es nicht darum, Kritik um der Kritik willen zu üben, sondern dort, wo es erforderlich ist, unseren Forderungen zu vielen Anliegen Nachdruck zu verleihen. Dabei scheuen wir uns nicht, Klarheit zu sprechen! Ich hoffe, dass sich diese Darstellungsformen als feste Größe auf unseren Bezirks-Seiten etablieren!

Doch Pressearbeit muss heute noch weit mehr leisten. In einer Zeit, in der die schnelle Schlagzeile, der Skandal, ein Missstand eine hohe Auflage garantieren, gilt es, durch gute Kontakte zu den Medienvertretern für unsere Aufgaben

einzutreten. Deshalb habe ich Redaktionsbesuche aufgenommen, bei denen wir nach und nach bayernweit Zeitungen besuchen, um unsere Themen darstellen zu können. Idealerweise im Vorfeld von Hauptausschusssitzungen oder der Vollversammlung wollen wir so in den Redaktionen Interesse schüren für die Bezirksaufgaben und im Gespräch unsere Positionen erläutern.

Dabei weiß ich natürlich aus meinem Heimatbezirk, wie schwierig es ist, Themen, die sich mit Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen befassen, als positive Beispiele in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen unterzubringen. Und der Bezirkstag kämpft hier mit einer zusätzlichen Hürde: Seine Themen sind oft noch ein Stück sperriger und abstrakter! Eine neue Richtlinie oder eine neues Finanzierungsmodell lassen sich aus der Bayernperspektive noch schwerer an einem Einzelschicksal illustrieren als in den einzelnen Bezirken, die näher an den Patienten oder Leistungsempfängern sind.

Gezielte Ansprache

Umso mehr ist es notwendig, durch eine gezielte Ansprache bei Journalisten, die bereit sind, sich unseren für die Gesellschaft so wichtigen Themen zu widmen, für eine bessere und regelmäßige Berichterstattung zu werben. Das ist nicht leicht, aber es lohnt die Anstrengung. Denn gerade die Menschen, für die wir uns einsetzen, brauchen Öffentlichkeit, um mit ihren Sorgen und Nöten wahrgenommen zu werden. Auch deshalb werden wir die Pressestelle des Verbandes personell aufstocken, um noch mehr Schlagkraft zu entwickeln. Ich denke hier vor allem an unsere Website, die weitere Impulse bedarf – aber auch an eine verstärkte Zusammenarbeit mit den elektronischen Medien. Das Wichtigste aber bleibt: schnell agieren, entschlossen zu packen, wenn sich Themen anbieten, und klare „Kante“ in allen wichtigen Fragen zeigen!

Daten und Fakten rund um den Bezirk Niederbayern

Neues Informationsblatt

Daten und Fakten rund um den Bezirk Niederbayern liefert ein aktuelles Informationsblatt, das jetzt erschienen ist. Dazu gehört beispielsweise die Aufgabe der „dritten kommunalen Ebene“, das Haushaltsvolumen des Bezirks oder die Zusammensetzung des politischen Gremiums Bezirkstag. Außerdem klärt das Faltblatt darüber auf, welche Einrichtungen

und Referate zum Bezirk Niederbayern gehören und wie man sie kontaktieren kann. Die Bezirkspublikation ist die unter der Telefonnummer 0871/808 1913 oder per E-Mail an pressestelle@bezirk-niederbayern.de erhältlich. Das Faltblatt steht außerdem im Internet unter www.bezirk-niederbayern.de, Rubrik „Publikationen“ zum Download bereit. > E.B.

Sozialexperten von Bezirksverwaltung und Regierung tagen

Wichtiger Gedankenaustausch

Man kennt sich schon lange über verschiedene kommunikative Wege und über den vielfältigen Schriftverkehr: Aber das „Gesicht“ hinter den Namen ist meist unbekannt. Dies zu ändern sowie Gedanken und Anregungen zur Zusammenarbeit auszutauschen, war jetzt Ziel einer Gesprächsrunde zwischen Mitarbeitern der Bezirkssozialverwaltung Oberpfalz und den Vertretern des Sachgebiets „Soziales und Jugend“ der Regierung der Oberpfalz.

Denn auf beiden Seiten gibt es neue Verantwortliche an der Spitze: Benedikt Schreiner ist seit August des vergangenen Jahres Leiter der Bezirkssozialverwaltung, Monika von Jaduczynski leitet seit Mitte Januar das entsprechende Sachgebiet an der Regierung der Oberpfalz. Die Berührungspunkte und Schnittstellen zwischen dem Bezirk Oberpfalz und der Regierung der Oberpfalz im sozialen Bereich sind dabei durchaus vielfältig.

Sie reichen von der Bedarfsklärung neuer Sozialeinrichtungen bis hin zu wichtigen Finanzierungsfragen. Die Kollegen beider Behörden sprachen vor diesem Hintergrund unisono von einer „gut funktionierenden Zusammenarbeit“, die zudem oft auf dem „kleinen Dienstweg“ schnell und unkompliziert abläufe. Selbst unterschiedliche inhaltliche Auffassungen könnten in aller Regel schnell geklärt werden. Man finde stets einen gemeinsamen Nenner, so die einhellige Meinung. Auch gegenseitige fachliche Austausch funktioniert bestens. So ist beispielsweise ein Mitarbeiter der Bezirkssozialverwaltung gern gesehener Referent bei Veranstaltungen der Regierung zum Thema Inklusion in Kindertagesstätten. Weitere Gespräche, gerade auch bei Themen, die beide Fachbehörden betreffen, wie etwa der demographische Wandel, sollen in Zukunft folgen. > MARTINA HIRMER

Am Bezirkskrankenhaus Bayreuth eröffnet ein neues Therapiezentrum

Moderne Konzepte für die Forensik

Die forensische Psychiatrie steht vor großen Herausforderungen. So auch am Bezirkskrankenhaus in Bayreuth. Dort begegnet man der stark gestiegenen Zahl an Patienten und dem Wandel in der Belegungsstruktur mit einem Neubau im Therapiebereich, der Mitte Januar seiner Bestimmung übergeben wurde. In diesem Kontext wurde daher kürzlich nach über zwei Jahren Bauzeit der mittlerweile vierte Bauabschnitt der Klinik für Forensische Psychiatrie in Bayreuth offiziell eingeweiht. Dieser Neubau beherbergt einen großzügigen Ergotherapie-Bereich mit Räumlichkeiten für Sport- und Bewegungstherapie. Diese Therapieformen sind in den differenzierten Behandlungskonzepten für strafrechtlich untergebrachte Patienten unverzichtbar und dienen auch der Vorbereitung einer beruflichen Eingliederung, wie Chefarzt Dr. Klaus Leipziger in seinem Grußwort betonte.

Nach dem Abriss der früheren Cafeteria und des sanierungsbedürftigen Therapiegebäudes war der 2012 begonnene Neubau notwendig geworden. Die Anzahl der Patienten im Maßregelvollzug hatten zudem stark zugenommen. Im Jahr 1997 zählte die Forensische Psychiatrie am Bezirkskrankenhaus Bayreuth noch 80 Patienten. Derzeit seien alle nunmehr 187 Betten belegt, unterstrich der Leiter des Bezirkskrankenhauses Professor Manfred Wolfersdorf. Somit habe sich die Belegungszahl in nicht einmal ganz 20 Jahren mehr als verdoppelt. Zudem hat sich auch die Belegungsstruktur der Forensik in den vergangenen Jahren stark gewandelt. In den zurückliegenden drei Jahren stieg die Zahl der Patienten nach Paragraph 64 Strafgesetzbuch (StGB) – auch aufgrund von Crystal-Speed-Abhängigkeiten – von 76 auf 123. Während im gleichen Zeitraum die Zahl der nach Paragraph 63 StGB untergebrachten Patienten um ein Drittel sank. „Gerade dieser Wan-



Die Patientenzahl in der Forensik steigt seit Jahren kontinuierlich.

FOTO PORSCH

del erfordert neben der baulichen Anpassung auch neue Konzepte in der Therapie.

Die neuen Räumlichkeiten sorgen gerade hier für eine bestmögliche Betreuung der Patienten. Gleichzeitig bieten sie unseren Mitarbeitern beste Arbeitsvoraussetzungen“, hob Bezirkstagspräsident Günther Denzler hervor. Er bezeichnete den 7,4 Millionen Euro teuren Neubau des Freistaats als einen weiteren wichtigen Meilenstein in der Weiterentwicklung der Klinik für Forensische Psychiatrie am Standort Bayreuth. Der Leitende Ministerialrat Michael Hübsch war aus dem bayerischen Sozialministerium nach Bayreuth gekommen, um zur Einweihung des Neubaus zu gratulieren. In sei-

ner Festrede ging er auf den aktuell vom Ministerrat gebilligten Entwurf des neuen Maßregelvollzugs-gesetzes ein, das mehr Rechtssicherheit und Transparenz in diesem höchstsensiblen Bereich schaffen wird. Davon profitierten sowohl die Patienten als auch die Beschäftigten selbst. Den Neubau bezeichnete er als sinnvoll und in die Zukunft gerichtet.

Weitere Bauarbeiten

Nach den Planungen des Bezirks Oberfranken soll die Einweihung des neuen Therapiegebäudes noch nicht das Ende der Bautätigkeiten an der Bayreuther Forensik bedeu-

ten. Im Rahmen des im Jahr 2002 mit dem Bayerischen Sozialministerium abgestimmten längerfristigen Ausbauplans ist ein weiterer Bauabschnitt geplant. In diesem fünften Neubau sollen die bisher auf dem Krankenhausgelände verteilten „Interimsstationen“ untergebracht werden. Damit soll die geplante Zentralisierung der Forensischen Klinik an einem Standort innerhalb des Geländes abgeschlossen werden. Als nächster Schritt wird dazu das überarbeitete Raumprogramm mit den zuständigen Stellen im Ministerium und der Regierung abgestimmt, wünscht sich Bezirkstagspräsident Denzler zeitnah eine weitere Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten. > CHRISTIAN PORSCH

Gedenken der Opfer der NS-Gewaltherrschaft

„Niemand ist vergessen“

Mit einem ökumenischen Gottesdienst und einer Mahnwache erinnerten in diesen Tagen mehr als 120 Teilnehmer der 25 Patienten, die am 18. Januar 1940 aus der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Egfling-Haar von den Nationalsozialisten deportiert und dann ermordet wurden. Dieser Transport war der Auftakt zu weiteren Deportationen. Mehr als 3000 Patienten fielen schließlich der so genannten „T4-Aktion“ und der Euthanasie zum Opfer.

„Niemand ist vergessen! Und unsere Aufgabe ist es, die Erinnerung nicht verblasen zu lassen. Wir tragen die Verantwortung, dass so etwas Schreckliches nie wieder passiert“ spannte Professor Margot Albus, die Ärztliche Direktorin des Klinikums München-Ost, den Bogen aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft. Nazis hatten die Patienten als „Ballastexistenzen“ bezeichnet, um die spätere Ermordung vorzeitig zu „begründen“.

Ökumenischer Gottesdienst

Bereits im ökumenischen Gottesdienst hatte Pastoralreferent Josef Germeier die Ängste und Sorgen der damaligen Patienten verdeutlicht. Viele vermuteten, dass die angebliche Verlegung in eine andere Anstalt eine Fahrt in den Tod werden würde. In ihren letzten Briefen versuchten sie, Angehörigen Trost zu spenden: „Ich sage allen herzlichen Dank und auf Wiedersehen, wenn nicht in dieser Welt, dann hoffentlich im Himmel“, schrieb etwa ein Sohn an sei-



Beschäftigte halten eine Mahnwache ab.

FOTO LÜTTECKE

ne Mutter. Erst durch die menschenverachtende Ideologie der NS-Herrschaft wurde die massenhafte Tötung der Patienten möglich. „Ein Erbkranker kostet bis zu seinem 60. Lebensjahr im Durchschnitt 50 000 Reichsmark“ stand auf einem Plakat aus dieser Zeit. In der Gesellschaft sollte dadurch auch für Verständnis für die Ermordung der Patienten – die als „unnütze Esser“ verunglimpft wurden – gewonnen werden, erläuterte Pastoralreferentin Margitta Nietbauer.

Auch Mitarbeiter der damaligen Heil- und Pflegeanstalt machten sich schuldig, insbesondere der damalige Direktor Hermann Pfannmüller. Als überzeugter Nationalsozialist organisierte er die Transporte und unterschrieb die Todesurteile. Auch daran erinnerte Albus: Viele Mitarbeiter haben sich schuldig gemacht, teilweise haben sie sogar aus voller Über-

zeugung gehandelt und bewusst die Patienten in die Tötungsmaschinerie geschickt.“

Aus dieser Zeit hat das Klinikum gelernt, auch wenn der interne Aufklärungsprozess Wunden gerissen hat. 1990, immerhin 50 Jahre nach der Deportation, wurde auf dem Gelände ein Mahnmahl als Erinnerung an die Opfer errichtet. „Doch noch sehr viel mehr ist geschehen, die Arbeit aller Mitarbeiter richtet sich an der Würde des Menschen aus“, betonte Seelsorgerin Brigitte Klinke deutlich. Pfarrerin Petra Meyer erinnerte daran, dass aber auch heute wieder Intoleranz und Ablehnung aktuell seien. Rabbinder Steven Langnas erinnerte seinerseits an die vielen Opfer, darunter auch viele jüdische Mitbürger. In einem separaten „Judentransport“ waren 193 Patienten in den Tod gefahren worden. > HENNER LÜTTECKE

Katja Bittner neue Chefin der Heime und Bezirkskliniken

Das Kommunalunternehmen Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken bekommt eine neue Leitung. Katja Bittner übernimmt zum 1. April den Vorstandsposten von Bruno Harmuth, der nach zehn Jahren an der Spitze des Unternehmens aus Altersgründen ausscheidet.

Dem Wechsel war ein umfangreiches Bewerbungsverfahren voraus gegangen, in dem sich die ehemalige Hauptgeschäftsführerin des Klinikverbundes regioMed gegen eine Vielzahl anderer Bewerber durchsetzen konnte. „Wir haben uns sehr intensiv mit der Nachfolge von Herrn Harmuth beschäftigt und mit Frau Bittner die unserer Meinung nach geeignetste Bewerberin für den verantwortungsvollen Posten gefunden“, erklärt Günther Denzler, der in seiner Funktion als Bezirkstagspräsident auch Vorsitzender des Verwaltungsrates des Kommunalunternehmens ist.

Als Vorstand des Kommunalunternehmens „Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken“ trägt Bittner die Verantwortung für die Bezirkskliniken in Bayreuth, Hochstadt, Kutzberg und Rehau sowie für die Tageskliniken in Bamberg, Coburg und Hof und das ambulante Behandlungszentrum Obermain. Insgesamt arbeiten an den verschiedenen Standorten in Oberfranken über 2000 Mitarbeiter. > CHRISTIAN PORSCH

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirkstag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner